



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 27. August 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-63-0050

Bericht über kommunale Integrationsstrategien - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.08.2025 -

Geflüchtete Menschen stehen bei ihrer Ankunft in einer neuen Stadt vor zahlreichen Herausforderungen: Sie müssen sich in einer fremden Sprache zurechtfinden, Zugang zu Bildung und Arbeit finden und sich in neue gesellschaftliche Strukturen einfügen. Besonders schwer ist dies für Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer familiären Situation oder ihrer sexuellen Identität besonderen Schutzbedarf haben - etwa alleinstehende Frauen, Kinder oder LSBT*IQ-Personen.

Gerade diese Gruppen sind häufig mehrfachen Diskriminierungen, Isolation und erhöhter Vulnerabilität ausgesetzt. Ihre sichere Unterbringung, gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Unterstützung benötigen deshalb besondere Aufmerksamkeit - nicht nur durch spezielle Angebote, sondern auch durch eine diskriminierungssensible Haltung in allen Bereichen kommunaler Verantwortung.

Gleichzeitig sind Sprache, Arbeit und eine offene Verwaltungspraxis entscheidende Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Der Zugang zu Sprachkursen, zu Beratung in Behörden sowie zu Qualifizierung und Erwerbsarbeit beeinflusst maßgeblich die Chancen auf ein eigenständiges Leben in der neuen Umgebung.

Wiesbaden verfügt bereits über eine Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen in diesen Bereichen. Es ist jedoch notwendig, diese bestehenden Strukturen regelmäßig sichtbar zu machen, zu vernetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu reflektieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass Unterstützung auch dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird - und dass eine inklusive und menschenrechtsorientierte Integrationspraxis weiter gestärkt wird.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) welche konkreten Maßnahmen in der Landeshauptstadt Wiesbaden aktuell zur Unterstützung besonders vulnerabler Gruppen unter den Geflüchteten - insbesondere von alleinstehenden Frauen, Kindern sowie LSBT*IQ-Personen - bereits umgesetzt werden,
- 2) welche bestehenden städtischen oder kooperativen Angebote in den Bereichen Spracherwerb, Arbeitsmarktintegration und Willkommenskultur in Behörden für Neuzugewanderte zur Verfügung stehen,
- 3) wie diese bestehenden Maßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung, bei freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Initiativen vernetzt sind,
- 4) auf welche Weise der Magistrat beabsichtigt, die bestehenden Angebote dauerhaft zu sichern und sichtbar zu machen.

Beschluss Nr. 0095

Der Antrag wird angenommen.

Die Antragsteller bitten um schriftliche Beantwortung.

Stadträtin Löbcke weist darauf hin, dass der Integrationsbericht 2021 bis 2024 kurz vor der Veröffentlichung stehe und dort Antworten auf die Fragen des Antrags enthalten seien. Falls es noch offene Fragen gäbe, würden diese selbstverständlich nachträglich beantwortet.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2025

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2025

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2025

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister